K-4-2487 Zukunft schaffen – Innovationen und Chancen

Antragsteller*in: LAG Bildung
Beschlussdatum: 24.02.2021

Änderungsantrag zu K-4

Von Zeile 608 bis 615:
Kein*e Jugendliche*r darf mehr ohne Anschlussperspektive die Schule verlassen. Wir setzen uns deshalb für ein elftes Pflichtschuljahr für Schüler*innen ~~ohne Anschlussperspektive~~ ein, ~~das~~die noch keine Anschlussperspektive haben. Dieses Schuljahr wird in den Oberstufenzentren ~~angeboten wird~~mit dem ausdrücklichen Ziel angeboten, dort einen qualifizierenden Abschluss zu erreichen, der in vorhandene Bildungsgänge überführt. ~~Auch wer~~Wer eine Ausbildung abbricht, soll durch die Jugendberufsagentur so lange begleitet werden, bis eine neue Perspektive gefunden wurde. ~~Und vor~~Vor Abschluss einer Ausbildung sollen die Oberstufenzentren mit ihrem sozialpädagogischen Personal in Kooperation mit der Jugendberufsagentur den Jugendlichen eine Anschlussperspektive eröffnen, falls die Jugendlichen sich diese noch nicht eigenständig erschlossen haben.

Die Arbeit von Ausbildenden in den Betrieben und Organisationen ist ein unabdingbarer Garant für die Qualität der dualen Berufsbildung. Ihr oft ehrenamtliches Engagement in der Arbeit mit den Jugendlichen muss mehr gewürdigt und wertgeschätzt werden. Es wird zu oft als selbstverständlich hingenommen. Ausbildende sind Mentor*innen der Jugendlichen und oft Helfer*innen in schwierigen Lebensphasen der Auszubildenden. Auszubildende in der Berufsbildung müssen faire und gute Ausbildungsbedingungen in den Unternehmen vorfinden. Sie dürfen nicht als billige Arbeitskräfte ausgebeutet werden; sondern sie sollen als künftige Fachkräfte einen adäquaten Platz in der Gesellschaft finden. Sie brauchen also die Ermutigung, dass ihr Beruf, den sie gewählt haben, auf eine gesellschaftliche Anerkennung trifft.

Begründung

Das elfte Pflichtschuljahr alleine garantiert noch keine Anschlussperspektive. Zumindest muss klargestellt werden, dass das zusätzliche Jahr ein klares Ziel hat und dort kein Parkplatz für hoffnungslose Fälle entsteht.

Ausbildende und Auszubildende finden im Wahlprogramm bisher keinen Platz. Der ergänzende Abschnitt soll dies ändern und hier die Beteiligten des Ausbildungsprozesses würdigen und ihnen eine Stimme geben.